

II- 1720 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 010.117 - Parl./71

Wien, am 16. August 1971

770 /A.B.zu 776 /J.An die Präs. am 23. Aug. 1971  
Kanzlei des Präsidenten  
des NationalratesParlament  
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische  
Anfrage Nr. 776/J-NR/71, die die Abgeordneten Dr. Halder  
und Genossen am 9. Juli 1971 an mich richteten, beehre  
ich mich wie folgt zu beantworten:

I. Die Bundesregierung hat in einer  
Note an den Präsidenten des Nationalrates, Zl. 51.905-VD/SL/71  
vom 23. April 1971, die Vorlage des Berichtes der Verwal-  
tungsreformkommission an den Nationalrat folgendermaßen  
begründet:

"Die Bundesregierung hat am 20. April d.J.  
den Beschluß gefaßt, gemäß § 15 des Geschäftsordnungsge-  
setzes des Nationalrates einen von der Verwaltungsreform-  
kommission über ihre bisherigen Ergebnisse und für die  
Zukunft vorgeschlagenen Maßnahmen erstatteten Bericht nach  
dem Stand vom Dezember 1970 dem Nationalrat vorzulegen.

Die Bundesregierung tut dies deshalb, weil  
in den vergangenen Tagungen der XII. Gesetzgebungsperiode  
wiederholt der Wunsch geäußert worden ist, über die bishe-  
rigen Tätigkeiten der noch von der zuletzt im Amt befind-  
lichen Bundesregierung bestellten Verwaltungsreformkommis-  
sion unterrichtet zu werden.

Die Bundesregierung möchte feststellen,  
daß dieser Bericht, ohne sich damit in allem und jedem  
zu identifizieren, eine äußerst wichtige und wertvolle

./.

Unterlage darstellt und auch beachtliche Hinweise enthält, die bei den Vorstellungen, die die im Amt befindliche Bundesregierung über das Sachgebiet hat, mitberücksichtigt werden sollen."

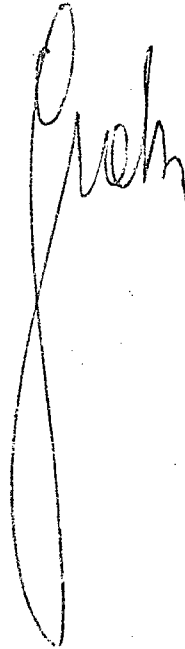
Aus dieser Note geht hervor, daß es sich nicht um einen Bericht der Bundesregierung oder gar um Berichte der einzelnen Mitglieder der Bundesregierung an den Nationalrat handelt, sondern daß es die Bundesregierung für zweckmäßig erachtet hat, dem Nationalrat den Bericht der Verwaltungsreformkommission nach dem Stand vom Dezember 1970 zur Kenntnis zu bringen. Die Tatsache, daß sich die Bundesregierung mit diesem Bericht nicht "in allem und jedem zu identifizieren" vermochte, liegt nicht so sehr in einzelnen Teilen dieses Berichtes begründet, sondern hat seine Ursachen in den seit der Einsetzung der Kommission geänderten Voraussetzungen und Zielsetzungen, wie sie in der Regierungserklärung vom 27. April 1970 zum Ausdruck kommen.

So hält beispielsweise die Bundesregierung ein neues Ministeriengesetz für einen wichtigen Bestandteil bzw. für eine wichtige Voraussetzung jeder Verwaltungsreform. Daher ist die Abgabe einer isolierten, notwendigerweise aus dem Gesamtzusammenhang gerissenen Stellungnahme eines einzelnen Ressorts zu einzelnen Teilen des Berichtes der Verwaltungsreformkommission, dessen Kenntnisnahme vom Nationalrat in seiner Sitzung vom 23./24. Juni 1971 einstimmig beschlossen wurde, nicht möglich.

II. Was den Zeitpunkt der Vorlage weiterer Vorschläge zur Verwaltungsreform an den Nationalrat betrifft, wird hinsichtlich jener Maßnahmen, die vor ihrer Durchführung einer Befassung der gesetzgebenden Organe bedürfen, im Hinblick auf den Beschluß des Nationalrates vom 13. Juli 1971 über die vorzeitige Beendigung der XII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates, der Beginn der nächsten Gesetz-

- 2 -

gebungsperiode abzuwarten sein; dies gilt auch für die Vorlage eines weiteren Berichtes über die Verwaltungsreform an den Nationalrat.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Froh' or similar, written vertically.